

## Für eine nachhaltige, ökologisch und sozial gerechte Weltordnung

von Horst Peter

Wer das Hauptdefizit der gegenwärtigen Weltordnung benennen sollte, findet schnell eine Antwort: das Prinzip der ökologischen und sozialen Gerechtigkeit und das Demokratieprinzip spielen, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle. Selbst das offensichtlich ungerechte Verhältnis zwischen Industrieländern, unterentwickelten Ländern und Schwellenländern wird im wissenschaftlichen und politischen Schönsprech verharmlosend als asymmetrisch bezeichnet. Der for-

Beispiel ist der Weltgipfel zur Ernährungssicherheit in Rom Mitte November: Eine Milliarde Menschen hungert. Was tut die Weltgemeinschaft, Deutschland mittendrin? Sie liberalisiert den Handel, öffnet die Märkte, untersagt Zollschränken. Wohl wissend, dass offene Handelsströme und subventionierte Nahrungsmittelimporte, forciert von einem global agierenden Agrobusiness, armen Ländern die Chancen entziehen, ihre eigene Landwirtschaft zu entwickeln und ihre Ernährung selbstbewusst zu organisieren. Das ist inzwischen selbst in einer Studie der Deutschen Bank angekommen und die versammelten Agrarminister wissen das auch. Der Weltgipfel zur Ernährungssicherheit gebar nicht mal eine Maus. Es hätte auch um Klimaschutz gehen müssen, denn Dürre hat etwas mit verschlechterten Chancen der Landwirtschaft zu tun, genauso sauberes Wasser und Biodiversität. Doch nicht mit Agrartechnik und Gentechnik für eine industrielle Landwirtschaft lässt sich die Welt umweltschonend ernähren sondern nur mit einer ökologisierten Landwirtschaft, wie es der Weltagrarrat 2008 festgestellt hat. Das Beispiel zeigt: Ökologische und soziale Gerechtigkeit sind zwei Seiten derselben Medaille.



Foto: www.photocase.de, © designritter

mal dem Weltsicherheitsrat gleichgestellte Wirtschafts- und Sozialrat der UN (ECOSOC) führt ein Mauerblümchendasein. Selbst die internationalen Organisationen und Institutionen wie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Weltagrar- und Ernährungsorganisation (FAO), sogar die Weltentwicklungsorganisation haben es schwer, die Gerechtigkeitsfrage zu thematisieren, wenn sie sich mit den Interessen der Industrieländer stößt. Jüngstes

Die Ungerechtigkeitsfalle für die armen Länder verschärft sich noch, bezieht man die Politik der Welthandelsorganisation (WTO), des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank ein, die sich noch nicht vom neoliberalen Glaubenssatz des Washington Konsens gelöst haben, welcher vorgibt, der freie Kapitalverkehr und diesen sichernden Entwicklungsprogramme seien die Voraussetzung für die Überwindung der Armut in den unterentwickelten Ländern (vgl. Joseph Stiglitz, Die Schatten der Globalisierung, 2002). Man kann zu der Einsicht kommen, dass die Grund-

formel der Dependenztheorie immer noch gilt, trotz der Interventionen der globalisierungskritischen Bewegung: Es gibt eine Interessensidentität zwischen den ökonomischen Eliten der Industrieländer und den unterentwickelten Ländern bei gleichzeitiger Interessendisparität der Bevölkerungsmehrheiten, da unser Wohlstand auf der Ausbeutung der Völker des Südens beruht (vgl. Dieter Senghaas, *Peripherer Kapitalismus*, 1974).

### **Ökologische und soziale, der Nachhaltigkeit verpflichtete Gerechtigkeit als eine die internationale Politik integrierende Strategie**

Ökologische und soziale Gerechtigkeit kann nur weltweit zwischen den Völkern und auf die Zukunft bezogen, zwischen den jetzt lebenden und künftig lebenden Menschen begriffen, werden. Die Sicherung der Grundversorgung der Menschen mit Nahrung, Trinkwasser, sauberer Luft und gesunder Umwelt ist die Basis der physischen Existenz, sich den Lebensunterhalt selbst durch Arbeit verdienen zu können und die Basis der materiellen Existenz. Nachhaltigkeit als Politikprinzip hat das Ziel, dass unsere Kinder und Kindeskiner auch morgen noch etwas auf dem Teller haben und dass überhaupt erstmals alle Kinder dieser Welt etwas auf dem Teller haben können. So verstanden gibt ökologische und soziale Gerechtigkeit einer Politik für nachhaltige Entwicklung die Richtung vor. Statt des langläufigen Verständnisses einer ausgewogenen Verfolgung ökonomischer, ökologischer und sozialer Ziele – „von jedem ein bisschen“ wie es Siegmund Gabriel auf dem Dresdener Parteitag der SPD kritisiert hat – also der ökologischen und sozialen Regulierung des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses, geht es um eine dauerhafte und lebenswerte Welt, in der die Menschen anders und besser leben können. Dann ist die Interessendisparität der Menschen in armen und reichen Ländern aufhebbar. Ein wirksamer Lebensgrundlagenschutz bedarf weniger Ressourcen intensiver Lebensstile, da diese den Menschen in den armen Ländern

den Zugang zu den Grundbedürfnissen des Lebens schwerer machen.

Will man wirtschaftliche Stabilität bei wesentlich reduziertem Ressourcenverbrauch erreichen, muss sich sowohl der Norden als auch der Süden ändern, um die zentralen Nachhaltigkeitsregeln einzuhalten. Sie bedeuten im Lichte ökologischer und sozialer Gerechtigkeit, dass

- ▶ erneuerbare Rohstoffe nur unter Beachtung der Nachwachsrate genutzt werden (Regenerativenregel)
- ▶ nicht erneuerbare Rohstoffe sparsam bzw. unter Berücksichtigung ihrer Substituierbarkeit genutzt werden (Sparsamkeitsregel)
- ▶ die Assimilationsgrenzen des Naturhaushalts beachtet und Schädigungen des Klimas und der Biodiversität präventiv vermieden werden (Anpassungsregel)
- ▶ Gefahren und Risiken des Einsatzes von Großtechniken weitgehend vermieden werden (Vorsorgeregeln)
- ▶ Eine elementare Existenzsicherung für alle einschließlich des Schutzes vor den großen Lebensrisiken und der Zugang zu elementarer Bildung erreicht wird (Reproduktionsregel)

Diese komplexen Zielsetzungen sind Herausforderungen für die internationale Politik. Sie bilden eine globale und zukunftsfähige Alternative zum krisenhaften, neoliberalen Weltmarktmodell (vgl. Felix Ekardt, *Das Prinzip Nachhaltigkeit*, München, 2005).

### **Lösungsansätze zu einer gerechten Weltordnung**

Der Weg zu einer gerechten Weltordnung ist ein langer Weg, dem letztlich nur von der UN ein Schlusspunkt gesetzt werden kann.

Der Weg muss bereitet werden vom Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und den Menschen, deren alternativer Sachverstand einbezogen werden muss. Wir haben in den siebziger und achtziger Jahren mit der Nord-Süd-Kommission unter Willy Brandt, der Palme- und der Brundtlandkommission historische Vorbilder.

**Für die deutsche Diskussion nenne ich im Folgenden drei Denkanstöße:**

**Erstens** hat der Leiter der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Harald Müller, unter dem Titel „Wie kann eine neue Weltordnung aussehen? -Wege in eine nachhaltige Politik“ eine Analyse der Akteure und Institutionen im „nachhaltigen Weltregieren“ vorgenommen mit dem Ziel, Möglichkeiten der Kooperation zu finden. Er konzentriert sich auf die Kooperation der verschiedenen UN-Regime, nachdem er den Weg zu einer Weltregierung als unrealistisch und Global Governance als einen Weg unterstützende, aber nicht ersetzende Strategie ab-



Foto: www.fotolia.com, © Alx

gehandelt hat. Es geht ihm um die UN selbst und ihre Teilorgane, die rechtlich genormten Programme und Konventionen und die formal selbstständigen Institutionen wie die Weltarbeitsorganisation (ILO), die Welthandelsorganisation (WTO) und die sogenannten Bretton Woods Organisationen Internationaler Währungsfond (IWF) und Weltbank sowie die Vertragsregime ohne eigene Organisationsstruktur wie die Konvention zum Schutz des Klimas und die Konvention zum Schutz der Biodiversität und die Agenda 21 als Kinder der Weltum-

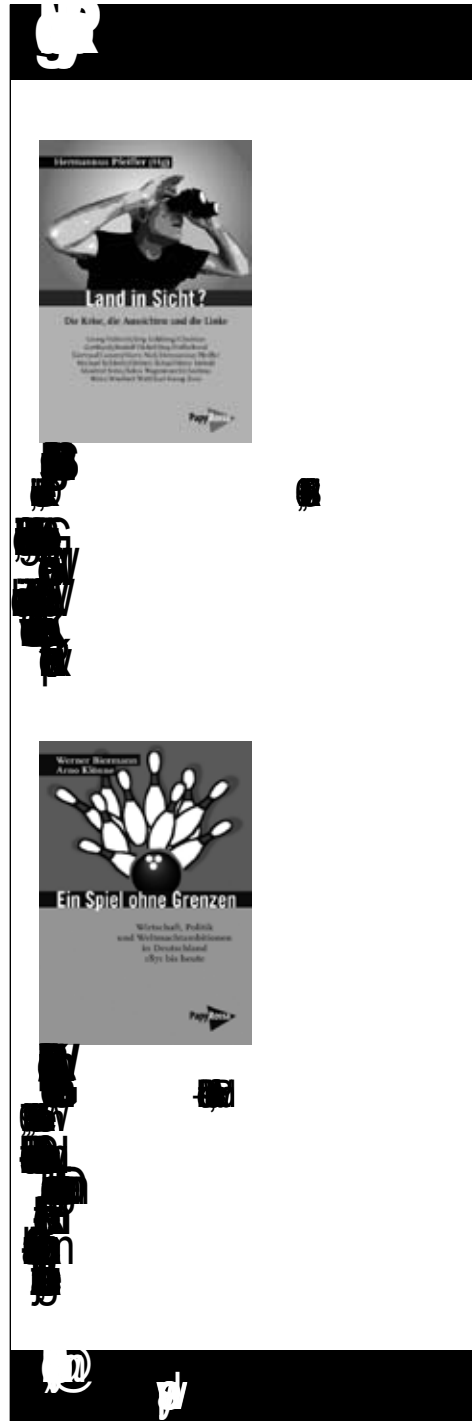
weltkonferenz von Rio de Janeiro. Die Herausforderung lautet: Wie können diese Regime zu einem Handeln in Richtung auf Nachhaltigkeit gebracht werden? Das heißt: Aufgaben und Arbeit aufeinander zu beziehen und die Struktur so anzulegen, dass die Menschen sich mit ihren Interessen wiederfinden und zugleich die drängenden Aufgaben erfüllt werden. Die Tagungen der G8- und G20-Regierungen sind dazu offensichtlich nicht in der Lage, aber auch die Globalisierungskritiker verharren meist in den Protesten zu den internationalen Politevents, weil ihr alternativer Sachverstand keinen Zugang zu den Entscheidungen findet. Es kommt Müller darauf an, die Institutionen der UN als Kern eines anzustrebenden inter-

nationalen Regimes zusammenzuführen, in dem völkerrechtliche, politische und organisatorische Aspekte integriert werden können. Sie bilden ein Geflecht von Prinzipien, Normen, Regeln und Verfahren zur Durchsetzung eines Mindestmaßes an Koordination und Kooperation und beziehen dabei nichtstaatliche Akteure wie Verbände der Arbeitnehmer und der Unterneh-

men und Nichtregierungsorganisationen ein. Die Schwierigkeiten dieses Weges liegen in den oft kontraproduktiven Wechselwirkungen zwischen der Erfüllung der Ziele des jeweiligen Regimes: Wie passt das Gerechtigkeitsziel der Entwicklungsorganisation und das Klimaschutzziel des Kyotoprotokolls zusammen? Wie wirkt das marktwirtschaftliche Instrument des Emissionshandels auf die armen Länder? Ist das Nachhaltigkeitsziel mit der von den Industrieländern dominierten Freihandels- und wachstumsorientierten Pra-

xis der WTO und des IWF vereinbar. Sind Forderungen des UN-Umweltprogramms nach ökologischen Mindeststandards oder der ILO nach sozialen Mindeststandard in Strukturprogramme der Weltbank integrierbar oder gilt immer noch die Logik des in Seattle am Widerstand der Betroffenen gescheiterten Multilateralen Abkommens über Investitionen, das vorsah, soziale und ökologische Normen der Länder zugunsten der Investitionen von Konzernen außer Kraft zu setzen? Da die Lösung solcher Widersprüche stets komplex ist, empfiehlt sich der Aufbau einer Infrastruktur, der es obliegt eine Risikofolgenabschätzung der jeweiligen Strategien auf die Ziele anderer UN-Organisationen vorzunehmen. Müller zielt auf Interessenausgleich zwischen den Institutionen ab und schlägt als höchste Instanz den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) vor. Die formal dem Weltsicherheitsrat gleichgestellte Institution könnte beim Aufbau einer gerechten Weltordnung als völkerrechtlich legitimierte Letztentscheidungsinstanz der Völker bei nicht ausgleichbaren Konflikten zwischen Wirtschafts- und Gerechtigkeitsinteressen führen.

**Zweitens** wurde bei einem Vortrag von Udo Ernst Simonis (Simonis, U.E: Warten auf Kopenhagen – Wie weiter mit der Klimapolitik?, 4.11. 2009, Universität Kassel) im Rahmen einer Vortragsreihe zur Fortentwicklung internationaler Klimapolitik die Position diskutiert, zunächst die Integration sich berührender UN-Regime voranzutreiben. So stünden die UN-Konventionen zum Klimaschutz, zum Schutz der Biodiversität und zum Schutz vor schädlichen Stoffen und Chemikalien nebeneinander – in Beziehung zu diesem Auftrag stünden aber auch die Welternährungsorganisation und Entwicklungsorganisation. Es gelte, mögliche Synergieeffekte und mögliche negative Wechselwirkungen zu ermitteln und zu nutzen bzw. zu vermeiden. So müsse der Weltklimaschutzprozess die UN-Boden-, Wald- und Wasservertragswerke sowie den Aufbau einer Internationalen Erneuerbare Energienagentur (IRENA)



und einer Europäischen Erneuerbare Energien Gemeinschaft (ERENU) nach dem Vorbild der EURATOM einbeziehen. Ein wichtiger Entwicklungsschritt zu Klima- und Umweltgerechtigkeit könnte sein, das Weltumweltprogramm (UNEP) und das Weltentwicklungsprogramm zu einer Weltumwelt- und Entwicklungsorganisation zu integrieren und mit Handlungskompetenzen und Sanktionskompetenzen zu versehen. Hier müsste formal die WTO als Vorbild dienen.

Die ILO könnte Vorbild für die Beteiligung nichtstaatlicher Akteure und Mobilisierung der Mitgliedsstaaten sein. Die inhaltliche Festlegung der Übereinkommen erfolgt in einem Dreibänkeverfahren: eine Gewerkschaftsbank, eine Wirtschaftsbank, eine staatliche Bank. Die Übereinkommen selbst bedürfen der Umsetzung in nationales Recht. Hier verbinden sich Denkweisen von Global Governance, Agenda 21 mit dem Prinzip der Legitimation durch Einzelstaaten. Es wird mehr Demokratie gewagt.

**Drittens** beziehe ich den Ansatz der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ zu einer der Nachhaltigkeit verpflichteten internationalen Politik ein. Die Studie wurde vom Wuppertalinstitut für Klima, Umwelt und Energie im Auftrag des BUND, des Evangelischen Entwicklungsdienstes und Brot für die Welt formuliert (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland/Brot für die Welt/Evang. Entwicklungsdienst (Hg.): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt, Bonn 2009). Sie setzt für die internationale Politik beim Kern des Problems an. Kapitel 18 lautet „Regeln ändern: Fairness im Welthandel“. Die Unterabschnitte lauten „Die Welthandelsorganisation neu erfinden“, „Bilaterale Abkommen partnerschaftlich aushandeln“, „Die Handelspolitik demokratisieren“. Insgesamt stellt das Wuppertalinstitut ein Konzept vor, das ein Gegenbild zu der immer noch vom radikalen Marktdenken durchdrungenen internationalen Handels- und Ent-

wicklungspolitik darstellt. Kerngedanke ist es, die ideologisch auf den Washington Konsens fixierte WTO-, IWF- und Weltbankpraxis durch ein der Nachhaltigkeit verpflichtetes Selbstverständnis abzulösen und alle Politikebenen sowie die Nichtregierungsorganisationen einzubinden. Der WTO-Ansatz ist strategisch begründet, da die WTO die stärkste Institution der globalen Politik ist. Sie hat eine starke demokratische Legitimation, da sie nach dem Prinzip „one country one vote“ organisiert ist. Sie ist mit Sanktionsmacht ausgestattet, da vor einem Schiedsgericht Verfahren gegen einzelne Mitgliedstaaten wegen Vertragsverletzungen geführt werden, die zu erheblichen Geldstrafen auch gegen Unternehmen führen können. Ihre Aufgabe ist es, den Ordnungsrahmen für die transnationale Ökonomie festzulegen. Allerdings steckt die WTO in einem krisenhaften Reformstau, seit sie 1999 auf der Tagung von Seattle gescheitert ist, mit dem Multilateralen Abkommen über Investitionen (MAI) das Herzstück einer neoliberalen Weltordnung durchzusetzen: die internationale Investitionsfreiheit von Unternehmen unter massiver Einschränkung der Hoheitsrechte der „Gastgeber“staaten in ihrer Gesetzgebungskompetenz.

Seitdem sind die Tagungen der WTO vom Protest der Globalisierungskritiker begleitet und die ärmeren Mitgliedstaaten sind weniger erpressbar geworden. Die WTO selbst hat einen erheblichen Vertrauensverlust erlitten, insbesondere die Führungstriade USA, EU und Japan, die seit jeher den Welthandel mit zweierlei Maß bewerten: Sie fordern Freihandel mit den Ländern des Südens und beharren gleichzeitig auf Protektionismus und Subventionierung des eigenen Agrarbereichs. Das alles vor dem Hintergrund des neoliberalen Versprechens, durch Freihandel und Wirtschaftswachstum Armut zu verhindern sowie Entwicklungschancen und Wohlstand für alle zu fördern. Spätestens seit Seattle wissen die Menschen, dass mit der Strategie der Industriestaaten immense soziale und ökologische

Probleme verbunden sind. Die Ausbeutung lokaler Gemeinschaften und der natürlichen Umwelt wird in Kauf genommen.

Erst wenn die WTO diese Probleme lösen will und nachprüfbar aufhört, einer starren Freihandelsideologie zu folgen, könne sie wieder einen Konsens über ihren Nutzen für die Staatengemeinschaft erreichen und auf multilateraler Ebene Probleme lösen, die die Staaten nicht allein lösen können. Vor diesem Hintergrund schlägt das Wuppertalinstitut Prinzipien zur Reform der WTO vor:

- ▶ Menschenrechte vor Marktzugang
- ▶ Den Wettbewerb qualifizieren, indem Übereinkommen anderer UN-Regime in die Praxis der WTO einbezogen werden
- ▶ Den Ausgleich der Handelsbilanzen fördern und den Kapitalverkehr spekulationsunsicherer machen
- ▶ Schwache Staaten beim Aufbau ihrer Infrastruktur begünstigen (positive Diskriminierung)
- ▶ Monopol- und Kartellbildung verhindern
- ▶ Unterstützung bei der Aushandlung partnerschaftlicher bilateraler Abkommen, beispielsweise zur Nutzung erneuerbarer Energien oder zu fairem Handel

**Kurzum:** Es geht darum, Wirtschaft, Gerechtigkeit und Umwelt zusammenzudenken und die Handelspolitik zu demokratisieren. Die Folgelosigkeit unzähliger Initiativen aus Nord und Süd für mehr ökologische und soziale Gerechtigkeit als Grundlage für fairen Handel gründet in der Aussperrung der Betroffenen bei den Entscheidungsprozessen. Es fehlt bei der Handelspolitik in allen Ländern an Transparenz und an der Mitsprache der Parlamente und der Betroffenen.

## Wie weiter?

Der Zeitpunkt zur Diskussion über eine grundsätzliche Reform der internationalen Politik ist günstig. Die Gleichzeitigkeit der von der verschwenderischen und zerstörerischen Wirtschaftsweise des globalisierten Kapitalismus verursachten Weltkrisen, der Klimakrise, der Umweltkrise, der Rohstoffkrise, der Hungerkrise, der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hat dem neoliberalen Weltmarktmodell seine Glaubwürdigkeit der Wohlstandsmehrung genommen und seine Ideologie in die Defensive gedrängt. Den G8- und G20-Staaten wird die Lösung der Krisen nicht zugetraut, von Vielen sogar das Wollen abgesprochen. Viele sprechen gerade in Bezug auf die Kopenhagener Konferenz von der Gerechtigkeitslücke der Klima- und Umweltpolitik auch der UN. Gleichzeitig hat Obama bei vielen die Hoffnung auf eine neue Politik der USA geweckt und die UN aufgewertet. Viele Wissenschaftler, gerade der jungen Generation, entwickeln Zukunftsperspektiven. Es gibt offizielle Institutionen im UN- Zusammenhang, die die Welt neu denken: den IPCC und die Stiglitz-Kommission, um nur zwei zu nennen. Der Druck der GlobalisierungskritikerInnen, die inzwischen auch konkrete Alternativen formulieren, findet breitere Zustimmung. Eigentlich wäre die Zeit reif, nach einer Kommission für eine nachhaltige, ökologisch und sozial gerechte Weltordnung nach dem Vorbild der Nord-Südkommission Willy Brandts zu rufen, paritätisch vom Norden und Süden besetzt, unter Einbeziehung alternativen Sachverständigen und der Nichtregierungsorganisationen. Wieso nicht eine Al Gore-Kommission? ■

☞ Horst Peter, spw-Mitherausgeber, lebt in Kassel.